

2025 *AUSGABE* No. 6

PLÄDOYER

Eine Publikation des *SENAT DER WIRTSCHAFT*

**SCHLUSS
MIT
TABUS**

ENERGIE-PRAGMATISMUS STATT DOPPELMORAL UND ABHÄNGIGKEIT.

Ein Aufruf vom SENAT DER WIRTSCHAFT
an die österreichische Bundesregierung.

 **SENAT** DER
WIRTSCHAFT

Priorität ENERGIE - Ohne Tabus und ohne neue Abhängigkeiten!

Der SENAT DER WIRTSCHAFT bekennt sich seit Jahren zu Energiewende und Dekarbonisierung, fordert jedoch einen pragmatischeren Zugang: Der Wandel muss sozial verträglich und ohne erhobenen moralischen Zeigefinger unter Einbeziehung aller stattfinden. Ideologiegetriebene Verbotspolitik und unrealistische Klimaziele erzeugen Resignation und Ablehnung und bewirken so das Gegenteil, denn sie sind Hauptverantwortlich für die im internationalen Vergleich völlig überhöhten Energiepreise, die ihrerseits zu Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust wesentlich beitragen. Der erfolgversprechendste Beitrag Österreichs zur Dekarbonisierung kann nur in der Forcierung von Innovation liegen. Dazu muss der Wirtschaftsstandort gestärkt werden. International vergleichbare Energiekosten sind hierfür eine wesentliche Voraussetzung.

Der SENAT DER WIRTSCHAFT fordert daher:

Technologieoffenheit und realistische Strategien statt Dogmatismus

- Klimaschutz mit Versorgungssicherheit
- Wirtschaftlichen Hausverstand mit gesellschaftlicher Verantwortung

Das heißt konkret:

- Vereinheitlichte und realistische Klimaziele
- Mehr Fokus auf „Klimaanpassung“ statt nur CO₂-Reduktion & „Klimavermeidung“
- Keine Tabus bei der Auswahl von Energieträgern (Technologieoffenheit)
- Hebung der heimischen Energiequellen, fossil (in der Übergangsphase) wie erneuerbar
- Fokus auf Innovation durch Stärkung des Wirtschaftsstandorts (Verfügbarkeit von Eigenkapital, Bürokratieabbau, Senkung der Kosten des Faktors Arbeit, Redimensionierung des Sozialstaats...)
- Kurzfristige Energiepreisdämpfung durch Reduktion der netzbezogenen Steuern, Wiedereinführung des SAG (Stromkostenausgleich) sowie Ende der MERIT-Order
- Rasche Umsetzung des Elektrizitätswirtschaftsges. (EIWG) und des EABG
- Planung des Netzausbaues aufgrund belastbarer Verbrauchsdaten (Smart Meter)
-

Energie neu denken: Erschwinglich, verlässlich und fair

Die Energiewende gilt als eine der zentralen nicht nur technischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der SENAT DER WIRTSCHAFT steht unerschütterlich zu den Zielen der Dekarbonisierung und einem nachhaltigen Umbau der Energieversorgung. Doch der Weg dorthin muss mit Augenmaß und einer klaren Orientierung an den realen Gegebenheiten gegangen werden. Es gilt die Balance zwischen ambitionierten Klimazielen und der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Zugleich müssen die sozial- und geopolitischen Auswirkungen berücksichtigt werden. Wenn der Transformationsprozess ausschließlich von Ideologien und unerreichbaren planwirtschaftlich gesetzten Fantasiezielen bestimmt wird, droht die Wirtschaftskraft Österreichs zu erodieren und der soziale Frieden ist gefährdet. Ein pragmatischer Ansatz, der auf Innovation setzt und die Herausforderungen der Energiewende im Einklang mit den wirtschaftlichen, sozialen und geopolitischen Notwendigkeiten löst, ist unerlässlich, um einen konkurrenzfähigen und sozial verträglichen Energiepreis zu erzielen.

Planwirtschaftliche Energiewende gescheitert

Die planwirtschaftliche Energiepolitik der letzten Jahre ist verantwortlich für die International völlig überhöhten Energiepreise in Europa – insbesondere in Deutschland und Österreich:

- sie setzte auf den massiven Ausbau von volatilen PV- und Windkraftwerken bei gleichzeitiger Abschaltung konventioneller Kraftwerke,
- was einerseits zum MERIT-Order System und andererseits zu einem massiven Anstieg immer teurer werdender Stabilisierungseingriffe zur Wahrung der Netzstabilität führte,
- sie vernachlässigte eigene heimische Ressourcen,
- sie schrieb die anzuwendenden Technologien vor,
- die völlig überhöhten Subventionen von PV- und Wind-Einspeisevergütungen schlugen zusätzlich auf die Energiepreise

Das Resultat ist in eine massive Standortkrise: wir befinden uns aktuell in der längsten Rezession seit dem 2. Weltkrieg, die Deindustrialisierung ist dramatisch, Immer mehr Betriebe – insbesondere energieintensive Mittelständler – verlagern ihre Produktion ins Ausland. Investitionen werden zurückgehalten, Arbeitsplätze gefährdet. Auch die Blackout-Gefahr (wie Ende April 2025 in Spanien, Portugal und Südfrankreich) ist massiv gestiegen.

Die Energiewende erfordert noch mehr Innovation und eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Unternehmen und der Gesellschaft. Der Ausbau von erneuerbaren Energien wie Solar-, Wind- und Wasserkraft, E-Fuels und Grüngas, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Schaffung einer resilienten Infrastruktur samt entsprechenden Speichermöglichkeiten in Verbindung mit vernünftigen (auch fossilen) Übergangslösungen sind entscheidend für den Erfolg der Energiewende. Die hierfür nötigen Ressourcen und Innovationskraft kann nur ein freier und effizienter Markt liefern. Regierungen müssen sich darauf beschränken die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, und Marktverzehrende Eingriffe anderer Staaten auszugleichen. Mit planwirtschaftlichen Fantasien ist den Herausforderungen jedenfalls nicht beizukommen.

Wirtschaftsstandort im Sturzflug – Energiepreise Mitschuld

Österreichs Wirtschaftsstandort leidet schon seit Jahrzehnten. Gerade in der letzten Legislaturperiode unter Beteiligung der Grünen in Österreich, Deutschland und der EU, und unter massiven Einfluss durch intransparente NGOs, hat sich die Deindustrialisierung in der EU aber beschleunigt. Der SENAT DER WIRTSCHAFT drängt schon seit geraumer Zeit zu den dringenden Reformen, die das Land braucht, um den Wohlstandsverlust zu stoppen und Österreich wieder an die internationale Konkurrenz aufschließen zu lassen

- [Plädoyer Wirtschaftsstandort Österreich](#),
- [31. Jänner 2024 | DER SENAT DER WIRTSCHAFT NIMMT DIE ÖVP IN DIE PFLICHT: Wirtschaft jetzt stärken, oder vorgezogene Wahlen!](#)

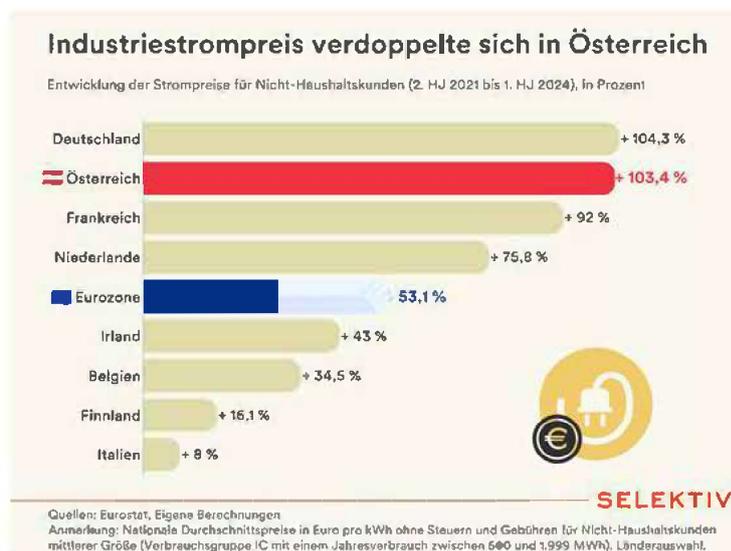
Schlüsselbereiche zur Standortverbesserung sind dabei:

- Kapitalmarkt und Eigenkapital für Österreichs Wirtschaft ([2024-Nr. 4 | Eigenkapital für Österreichs Wirtschaft](#)) sowie Reform des Gesellschaftsrechts ([2025-Nr. 3 | FlexCo 2.0 – jetzt!](#)) und des Pensionswesens ([2018-Nr.5 | bAV – GESETZ FÜR EINE BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE](#), [2017-Nr.9 | REFORM PENSIONSVERSICHERUNGSSYSTEM](#))
- Arbeitsmarkt & Fachkräftemangel ([2024-Nr. 1 | Aufwertung von Lehre & Dualer Ausbildung](#), [2025-Nr. 1 | Pflegekräfte welcome? Erleichterter Zugang für Pflegepersonal aus Drittstaaten](#), [2022-Nr.3 | PETITION: Lohnrunden: Halbe/Halbe](#))

zur Vermeidung der Inflationsspirale, 22. November 2023 | Senat der Wirtschaft warnt: Gewerkschafts-Forderungen gefährden Wirtschaftsstandort!

- Bürokratieabbau (SENATE Magazin Nr.1/2023 „Bürokratur“, [2023-Nr.2 | Novellierung des Zustellgesetzes für Unternehmen, 2025-Nr. 2 | Recycling? Unbedingt, aber nicht so!](#),
- Explodierende Energiepreise ([2023-Nr.1 | Wettbewerbsrecht & Energiemärkte, 2022-Nr.1 | Die Zukunft der österreichischen Energiewirtschaft](#))

ÜBERHÖHTE ENERGIEPREISE - Fakt ist:



- Österreich zählt heute zu den teuersten Stromländern Europas – Unsere Strompreise für Unternehmen lagen 2023 bei durchschnittlich 24,5 ct/kWh, Zum Vergleich: USA mit 7,2 ct/kWh oder China mit 8,1 ct/kWh.
- Auch fossile Energiepreise sind in Europa um ein Vielfaches höher als in Asien oder Amerika – ein massiver Standortnachteil.
- In Österreich stieg der durchschnittliche Strompreis für Haushalte seit 2020 um über 90 %.
- Gleichzeitig ist Österreich zu über 72 % vom Import wesentlich klimaschädlicher produzierter Gase abhängig. Paradoxerweise importiert Österreich heute mehr fossile Energie als vor der Energiewende – teures LNG aus Katar oder den USA ersetzt heimisches Gas. Eigene Ressourcen wie Erdgas, Schiefergas oder Wasserkraft werden hingegen ungenutzt gelassen – aus ideologischen Gründen.

Weg mit den Tabus

Um aber sozial- und sicherheitspolitisch vertretbar zu sein, sind dabei, in Anbetracht der politischen Umbrüche der letzten Jahre (Krieg in der Ukraine, Aufbrechen des Multilateralismus und der Sicherheitsordnung durch Trump, Flüchtlingskrise und veraltete Asylregeln, chinesischer Wirtschaftsimperialismus und moralisierende Selbstzerstörung Europas), einige ideologische Tabus zu hinterfragen. Sind die überambitionierten (Ö: 2040, D:2045) und uneinheitliche (EU:2050, China: 2060, Indien: 2070) Klimaziele richtig? Erlauben die technologischen Fortschritte eine Neubewertung der Atomkraft, so wie es eigentlich alle Länder der Welt (außer D und Ö) machen? Wo können weitere Pumpspeicherkraftwerke gebaut werden? Wäre es nicht vernünftiger für die Übergangsphase eigene Erdgasreserven mit eigener grüner Schiefergastechnologie zu heben sowie Grüngasproduktion voranzutreiben, statt dreckiges, teures und politisch fragwürdiges LNG-Gas aus den USA oder Qatar zu kaufen?

Realistische Klimaziele – Fokus auf Klimaanpassung

Allem voran verlangt der SENAT DER WIRTSCHAFT von der österreichischen Bundesregierung sowie den politischen Instanzen der EU, die Ziele zur Klimaneutralität auf ein realistisches und unseren Wirtschaftsstandort schützendes Ziel zu korrigieren, denn die überambitionierte Dekarbonisierung und die daraus resultierenden überstürzte „Energiewende“, ausgehend aus Deutschland, war für die explodierten Energiepreise insbesondere in Deutschland und Österreich hauptverantwortlich. Während Europa also seine Standards immer weiter verschärft, setzen andere Weltregionen – etwa China, Indien oder die USA – auf wirtschaftlichen Realismus, strategische Rohstoffsicherung und technologieoffene Energiepolitik. Europa macht sich auch von demokratiepolitisch fragwürdigen und instabilen Drittstaaten zunehmend abhängig.

Alleingang bei „Klimavermeidung“ ist hauptverantwortlich für wirtschaftlichen Niedergang

Eine sozial- und wirtschaftsverträgliche Klimaneutralität ist nur im internationalen Gleichschritt umsetzbar. Demnach sind die Klimaziele Österreichs (2040), Deutschlands (2045), Europas (2050), Chinas (2060), Indiens (2070) und der USA (kein bindendes Ziel) sowie aller anderen Länder der Welt zu vereinheitlichen, andernfalls werden sich Deindustrialisierung Wohlstandsverlust und neue Abhängigkeiten Österreichs und Europas weiter fortsetzen und sogar beschleunigen. Die Staaten mit weniger ambitionierten Klimazielen und somit günstigeren Energiekosten nutzen die gutgemeinte europäische Selbstbeschränkung, und bringen unsere Unternehmen dazu, ihre industrielle Produktion zu verlagern - auf unsere Kosten, und somit auch auf Kosten der Umwelt und des globalen Klimas (Europa produziert schon seit Jahrzehnten sauberer und klimafreundlicher). Europa wird damit zunehmend und gezwungenermaßen zum Importeur wesentlich klimaschädlich produzierter Güter und begibt sich zudem in neue nicht reversierbare Abhängigkeiten (wie z.B. in der Solarindustrie schon geschehen!). Mit der globalen Vereinheitlichung der Klimaziele würden sich auch die Strafzahlungen für verfehlte Ziele fairer gestalten. Österreich riskiert bereits Zahlungen von mehr als 9 Milliarden Euro bis 2030.

Ohne ein global koordiniertes Vorgehen basierend auf einheitlichen Klimazielen wird der Klimawandel nicht zu bremsen sein. Deshalb muss man sich in Österreich, neben der Entwicklung weiterer „grüner“ Technologien, vermehrt auf Maßnahmen und Innovationen zur Klimaanpassung konzentrieren. Der Volkswirtschaftliche Nutzen von „Klimaanpassung“ ist gegenüber „Klimavermeidung“ um ein Vielfaches höher, das investierte Kapital wesentlich effizienter genutzt, und den Menschen würde viel unmittelbarer geholfen. (Eco Austria - „Anpassungen an den Klimawandel – Welche positiven ökonomischen Effekte sind zu erwarten?“ Dezember 2024).

Mut zu Energie aus Österreich

Im internationalen Wettbewerb sind die Energiekosten sowie die stabile Verfügbarkeit erschwinglicher Energie ein wesentlicher Faktor. Die im internationalen Vergleich im Spitzenfeld liegenden Energiepreise Österreichs müssen nicht sein. Wir produzieren einen besonders hohen Anteil unseres Strombedarfs aus eigener (billiger) Wasserkraft, und wir haben weitere Ressourcen, insbesondere für Netzstabilisierung, die weitgehend ungenutzt bleiben. Der SENAT DER WIRTSCHAFT fordert die Bundesregierung daher auf,

Mut zu haben und mit ideologiegetriebenen Tabus aufzuräumen. Neben dem weiteren Ausbau von PV und Windenergie müssen alle möglichen Energiequellen genutzt werden:

- Technologieoffenheit statt Verbotskultur. Jeder Beitrag zur Dekarbonisierung zählt: Ob Wasserstoff, Biomethan, Wasserkraft oder moderne Gaskraftwerke. Auch der Ausschluss von Kernenergie ist weder wirtschaftlich noch ökologisch nachvollziehbar. Eine Neubewertung ist überfällig – wie sie z.B. Frankreich, Finnland oder die Niederlande bereits eingeleitet haben. Nur wer Technologien offen prüft, kann zukunftsfähige Lösungen entwickeln.
- Eigene Potenziale nutzen und Abhängigkeiten reduzieren: Österreich verfügt über nachgewiesene Erdgasreserven von rund 30 Mrd. m³ – genug, um über 10 Jahre den gesamten österreichischen Jahresbedarf (rund 8,5 Mrd. m³) zu decken. Zudem haben Wissenschaftler der Montanuniversität Leoben schon 2012 ein umweltfreundliches Verfahren zur Gewinnung von Schiefergas entwickelt (Green-Fracking - BEER-Bio Enhanced Energy Recover-Methode), das weltweit auf enormes Interesse stößt, bei uns aber ignoriert wird, weil heimische Schiefergasförderung prinzipiell abgelehnt wird. Lieber kaufen wir schmutziges Schiefergas aus den USA.
- Pumpspeicherkraftwerke ausbauen: Derzeit werden Standorte wie z.B. im Ötschergebiet blockiert, obwohl zusätzliche Kapazitäten dringend notwendig sind.
- Das Potential für Geothermie, Bio-Fuels (Biomasse) und Grüngas ist noch lange nicht ausgeschöpft. Deren Ausbau muss vereinfacht und steuerlich begünstigt werden.

Energie-Unabhängigkeit auch aus geopolitischer Sicht unabdingbar

Auch Forscher empfehlen, dass sich die EU bei Energiefragen mehr auf eigene Ressourcen konzentrieren muss. Sie warnen im Rahmen einer Aussendung der Dachorganisation europäischer Akademien der Wissenschaften davor, dass die Energieversorgung immer mehr als politisches Druckmittel verwendet wird. Besonders augenscheinlich wurde dies durch Putins Vorgehen schon vor seiner Invasion in die Ukraine, oder durch US-Präsident Trump, der zuletzt mehr Energie-Importe von der EU im Gegenzug für Zoll-Lockerungen verlangte. Auch Österreich muss daher unabhängiger von externen Quellen werden. [Quelle: Dachorganisation europäischer Akademien der Wissenschaften]

Kurzfristige Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise

Der SENAT DER WIRTSCHAFT fordert:

- Netzgebühren senken (wie im Regierungsprogramm vorgeschlagen) und reformieren: Die derzeitige Umlagelogik ($\text{Kosten} \div \text{gelieferte kWh}$) führt bei wachsender Eigenerzeugung zu immer höheren Einzelkosten.
 - Vorschlag: Einführung eines Sockelbetrags plus verbrauchsabhängiger Komponente zur faireren Verteilung.
 - Vorschlag: Keine Steuern auf Netzgebühren
- CO₂-Zahlungen weiter aussetzen
- Rasche Umsetzung des EIWG und des EABG
- Variante Opt-In bei Smart Metern als Standard etablieren, um den Netzbetreibern belastbare Verbrauchsdaten als Planungsgrundlage für den Stromnetz-Ausbau zur Verfügung zu stellen. (Derzeit sind weniger als 10% der Netzkunden Opt-In, was zu Planungsunsicherheiten und Sicherheitsaufschlägen führt).
- Adaptierung der Ausbaupläne für erneuerbare Energie: Ausbauziele für PV und Wind strategisch besser koordinieren
- Beschleunigung der Genehmigungsverfahren
- Eine Netzgebührenbefreiung für netzdienliche Batteriespeicher. Obwohl sich alle Stakeholder einig sind, dass zur Netzstabilisierung Groß-Batteriespeicher notwendig sind, werden keine gebaut, da in Österreich für Batteriespeicher doppelte Netzgebühren anfallen (beim Ein- und beim Ausspeichern). Batteriespeicher reduzieren auch den Ausbaubedarf am Stromnetz, was zu Kostenreduktionen führt. (EU-) Beihilferechtliche Bedenken können keine Ausrede sein, da in Deutschland die Netzkostenbefreiung für netzdienliche Batteriespeicher bereits seit mehreren Jahre gilt.
- Merit-Order-Reform beschleunigen.
- Wiedereinführung des Stromkostenausgleichs (SAG - Rückvergütung eines Teils der Kosten des CO₂-Zertifikate Handels).
- Mehr Fokus auf Klimaanpassungsmaßnahmen

Energie im Regierungsprogramm

Das Regierungsprogramm widmet richtigerweise dem Energiethema ein eigenes Kapitel mit wenigen Details aber doch einigen willkommenen Ansätzen und Vorhaben, aber auch wesentlichen Versäumnissen. Jedenfalls will die neue Regierung das Energie Thema wieder mit einem pragmatischeren, den realpolitischen Begebenheiten entsprechenden Ansatz und weniger voreingenommen begegnen:

Was fehlt:

- Das größte Manko ist das Ausbleiben eines zumindest auf EU-Ebene harmonisierten Dekarbonisierungsfahrplans. Unsere überambitionierten Klimaziele sind falsch, weil nicht umsetzbar und im globalen Kontext sowieso wirkungslos, sogar kontraproduktiv. Die damit verbundenen drohenden Strafzahlungen sind unfair und wiegen als Damoklesschwert über den europäischen Volkswirtschaften.
- Insgesamt bleibt offen, wie über die Energiepreise Österreichs Wettbewerbsfähigkeit erhalten werden kann. Kein Wort über koordinierte Maßnahmen mit der EU, um wieder niedrigere Energiepreise zu ermöglichen.
- Leider fehlt die Adaptierung der Ausbaupläne für Erneuerbare: ideologiebedingt wurde bisher zu stark auf den Ausbau der PV-Kapazitäten und dabei vorwiegend auf Dach-PV fokussiert. Nötig wäre ein wissenschaftlich begründbares Verhältnis von Wind- zu PV-Anlagen da PV und Wind ihre Schwankungen teilweise ausgleichen. Derzeit wird zu sehr auf PV gesetzt, was zusätzlich besonderer Netzinvestitionen bedarf und größere Strom-Speicherkapazitäten erfordert.
- Förderungen für Windkraft zielen derzeit nur auf die Windverhältnisse am Standort und lassen die Netzverfügbarkeit außer Acht. Hier muss auf Gesamt-Gestehungskosten für die kWh Windenergie (inkl. dem erforderlichen Netzausbau) abgestellt werden – gesamtwirtschaftliche Betrachtung.
- Generell fehlt eine Strategie, um Strom-Speicherkapazitäten aufzubauen. Alle reden von Quartier- und Großspeichern, aber keiner baut sie. Die Landesnetzbetreiber wollen nicht (geht gegen Kerngeschäft) und argumentieren es sei Ihnen gesetzlich verboten (Netzbetreiber dürfen nicht mit Strom handeln). Das alle zusätzlich zur Netz-GmbH auch eine Stromhandels-GmbH betreiben und dementsprechend auch eine Speicher-GmbH gründen könnten, wird nicht erwähnt.
- Das neue ELWG welches im Februar 2024 in der Begutachtung war, ist immer noch in der Diskussion im Parlament.
-

Positiv:

- Positiv und unserer Forderung entsprechend ist die beabsichtigte Reform der MERIT-Order: Das aktuelle System der Strompreisbildung sieht vor, dass sich der Strompreis nach den Erzeugungskosten des zuletzt zugeschalteten Kraftwerkes, bildet. Die Konsequenzen für Österreich sind gravierend: Obwohl ein Großteil des Stroms aus Wasser-, Wind- oder PV-Anlagen stammt und in der Erzeugung nur 5 – 9 Cent/kWh kostet, stieg der Marktpreis für Strom im 4. Quartal 2022 auf über 50 Cent/kWh, fast das Zehnfache der Erzeugungskosten.
- Netzgebühren sollen durch längere Abschreibungen, Garantien und Haftungen gesenkt werden – das ist jedenfalls zu begrüßen! Generell muss das System der Gebührenermittlung (Division der Kosten durch die Anzahl der gelieferten kWh) evaluiert und adaptiert werden. Durch Verbrauchssenkungen und Eigenerzeugung sinkt die Anzahl der kWh und damit der Nenner. Kritisch sehen wir die vage Formulierung „Verbraucher, welche hohe Leistungen beanspruchen, sollen mehr zahlen“. Dies darf nicht dazu führen, dass Einspeiser stärker belastet werden, da dies den weiteren Ausbau der Erneuerbaren bremsen würde. Auch die Kostenaufteilung auf Netzbereiche (Wiener Netze, Netz NÖ, etc.) muss evaluiert werden. Das führt derzeit dazu, dass Bundesländer mit einem hohen Anteil an Erneuerbaren extreme Steigerungen der Netzkosten tragen (Strom NÖ, Erhöhung der Netzkosten 2025 zu 2024 mehr als 30%), während Bundesländer, die nicht so stark ausbauen, den erneuerbaren Strom mitnutzen, aber niedrige Netzkosten haben. Man könnte auch andenken, den Netzausbau über eine Bundesanleihe (Bürgerbeteiligung mit Fixverzinsung) langfristig zu finanzieren (Hochspannungsanlagen haben eine Lebensdauer von ca. 40 Jahren).
- Richtigerweise sollen die eigenen strategische Gasreserven neu evaluiert werden. Hinsichtlich der im österreichischen Untergrund schlummernden Gasreserven ist allerdings nichts zu lesen, dabei hat die Montanuniversität Leoben ein eigenes umweltfreundliches Verfahren entwickelt, um Schiefergas umweltschonend zu gewinnen...
- Eine neue Kraftwerksstrategie soll entwickelt werden. Leider gibt es keinerlei Hinweise, in welche Richtung dies gehen soll - aus unserer Sicht dürfen keine Optionen unberücksichtigt bleiben (Neue Pumpspeicherkraftwerke, AKW, Schiefergas aus Österreich?)
- Es gibt eine eigene Wasserstoffstrategie, was per se positiv ist, doch leider ist sie sehr vage: Zumindest H2-Netz- und Speicherausbau sollten konkretisiert werden.

Hier müssen jedenfalls klare gesetzliche Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Elektrolyseuren ebenso wie für die industrielle und regionale Nutzung als Energiespeicher (Wiederverstromung mit Abwärmenutzung) geschaffen werden.

- Dass die Klima-Förderungen hinterfragt werden sollen, und zum Teil auch schon abgeschafft wurden, sehen wir positiv. Durch den Abbau von bürokratischen Hürden sowie Stärkung von Innovation, insbesondere durch die Wiedereinführung von Investitionsabschreibungen und einem moderneren Kapitalmarkt, würde viel mehr erreicht.
- Die Absicht Netzkosten zwischen Produktion und Gemeinschaftsspeicher zu reduzieren oder ganz fallen zu lassen ist ein positiver Ansatz, sonst würden sich Speicher schwer rechnen.
- Die Absicht das EABG rasch zu verabschieden und Rahmenbedingungen für Geothermie zu beschließen ist zu begrüßen und überfällig. Wir gehen davon aus, dass gleichzeitig auch das EIWG implementiert wird, ebenso wie die Integration der Netze gemäß dem ÖNIP-Plan (inklusive Umsetzung der Steuerung über alle Netze und Speicher durch eine "Bundesstelle" ApG laut Entwurf des ÖNIP auf der BMK-Homepage). Einer APG-Studie zufolge würde für die Strom-Infrastruktur (Netze, Speicher, UW/Trafo, etc.) bis 2035 eine Investition von €103 Mrd notwendig sein. Damit würde man neben weiteren Wertschöpfungen jährlich ca. €57 Mrd an fossiler Energie sparen.
- Bidirektionales Laden soll ermöglicht werden – aus unserer Sicht ist das überfällig.
- Die Förderung von Erneuerbaren Gasen über Marktprämienmodell ist geplant, was insbesondere auch für die Produktion von Biomethanol interessant ist.
- Das Ziel für erneuerbare Gase bis 2030 wurde realistischweise auf 6,5 TWh/a reduziert.

Zusammenfassung:

Die Energiewende erfordert einen fundamentalen Wandel in der Politik – weg von einer rein ideologischen planwirtschaftlichen Ausrichtung hin zu einer pragmatischen, technologieoffenen marktgetriebenen Strategie. Nur so kann Österreich seine Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten und gleichzeitig die notwendigen Klimaziele erreichen. Ein Überdenken der Energiepreise, die stärkere Nutzung heimischer Ressourcen und eine Reform der regulatorischen Rahmenbedingungen sind dringend erforderlich. Die Energiewende darf nicht zu einer Belastung für die Wirtschaft und die Gesellschaft werden, sondern muss als Chance verstanden werden – als eine Gelegenheit, Innovation zu fördern, den Wohlstand zu sichern und Österreich als zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort zu positionieren. Nur ein ausgewogener und realistischer Ansatz kann den Herausforderungen der Energiewende gerecht werden und gleichzeitig die Grundsätze einer nachhaltigen und fairen Energieversorgung wahren.

Wien, 7. Mai 2025



Hans Harrer
Vorstandsvorsitzender



Mahdi Allagha
Mitglied der Geschäftsleitung



Dr. Johannes Linhart
Leitung Wirtschaft & Politik

DIESES PLÄDOYER BASIERT UNTER ANDEREM AUF INPUTS VON:

Senator Mag. Gerhard Zirsch & Senator DI Christian Schiller –
Gesellschafter der We Act-Ökologie Entwicklungs- und Umsetzungs-Gesellschaft

QUELLEN:

- RystadEnergy-Insights - <https://www.rystadenergy.com/insights?s=>
- Eco Austria / Studie „Anpassung an den Klimawandel“ – Dezember 2024
- McKinsey & Co / Studie „Zukunftspfad Stromversorgung“ – Januar 2024
- Kerstin Kogler, Clemens Langbauer / Montanuni Leoben / BEER® Bio Enhanced Energy Recovery – Development of a new Stimulation Technology – Juni 2021
- Österreich - Strompreis Industrie 2024| Statista
- Strompreise nach Ländern weltweit 2024| Statista
- Kleinwasserkraft Österreich - Potenzial Kleinwasserkraft: Vier Forderungen an die nächste Bundesregierung

Weitere Plädoyers:



SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich

Bundesgeschäftsstelle | Rotenturmstraße 5-9 | 1010 Wien

office@senat.at

www.senat.at

Tel.: +43 1-505 3548

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH:

Hans Harrer | Vorstandsvorsitzender

Mahdi Allagha | Mitglied der Geschäftsleitung

Dr. Johannes Linhart | Leitung Wirtschaft & Politik

Eine registrierte Marke des **SENAT DER WIRTSCHAFT**



SENAT DER
WIRTSCHAFT